## Erinnerungskulturen post-imperialer Nationen

Konferenz im Internationalen Wissenschaftsforum Heidelberg, 27.–29. Mai 2013

Nach dem Zweiten Weltkrieg verloren zwei Nationen sofort ihre Kolonien: Italien und Japan. Großbritannien gewährte 1947 Indien die Unabhängigkeit. Frankreich und die Niederlande, die erst 1945 ihre Souveränität zurückgewonnen hatten, kämpften dagegen hart um die Erneuerung ihrer Kolonialherrschaft, mussten aber nach einigen Jahren die Waffen strecken. In Afrika machten sich Briten und Franzosen 1960 geradezu Konkurrenz in einer rasanten Dekolonisierungskampagne. Belgien zog sich dann überstürzt aus dem Kongo zurück. Nur Portugal hielt unter der Diktatur Salazars an seinen "überseeischen Provinzen" fest. Erst die Revolution von 1974, die Portugal die Demokratie brachte, bedeutete auch das Ende des ältesten europäischen Kolonialreichs. Diese sieben Nationen mussten auf ihre Weise den Verlust ihrer Imperien verschmerzen und eine Erinnerungskultur gestalten, die es ihnen ermöglichte, mit diesem Verlust umzugehen.

Vertreter dieser sieben Nationen trafen sich Ende Mai 2013 in Heidelberg, um die spezifischen Erfahrungen ihrer Nationen zu diskutieren und die nationalen Erinnerungskulturen miteinander zu vergleichen. Eingeladen hatten dazu die Professoren Dietmar Rothermund und Gita Dharampal-Frick vom Südasieninstitut der Universität Heidelberg. Gefördert wurde die Konferenz von der Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart. Alle Referenten konnten von langen Perioden des Schweigens berichten, die dem Verlust der Imperien folgte. In diesem Zusammenhang war oft von Amnesie die Rede, doch in den Diskussionen dieser Konferenz wurde dieser Begriff als unzutreffend abgelehnt. Amnesie ist eine individuelle Erkrankung, "Aussetzen" des kollektiven Gedächtnisses kann so nicht bezeichnet werden. Man sollte eher von einer Verschwörung des Schweigens sprechen. Wer unter Amnesie leidet, versucht, sein Gedächtnis zurückzugewinnen, doch wer sich an einer Verschwörung des Schweigens beteiligt, will nicht, dass das Schweigen gebrochen wird. Erst äußere Anlässe führen zu einem Bruch des Schweigens und dann setzten oft heftige Debatten ein, die geradezu zu einem "Krieg der Erinnerung" (guerre des memoires) ausarten können.

Prof. John Darwin, Universität Oxford, sprach über die britische Erfahrung. Dort machte man sich zunächst Illusionen über eine harmonische Umwandlung des Imperiums in ein Commonwealth of Nations als dessen Führungsmacht Großbritannien weiterhin seine Weltgeltung behakten konnte. Die Entlassung Indiens in die Unabhängigkeit wurde als großzügiger "Transfer of Power" gesehen, die blutige Teilung des Landes dabei außer Acht gelassen. Die Suezkrise wurde als Schock empfunden, doch Premierminister Macmillan gelang es dann, die Dekolonisierung voranzutreiben und gleichzeitig die Erinnerung an das Imperium zu pflegen. Der Glanz des "Commonwealth" verblasste, zugleich kamen immer mehr Einwanderer aus den Ex-Kolonien nach Großbritannien. Man hatte ihnen zunächst im Interesse der Erhaltung des Commonwealth den Zugang erleichtert, verschärfte die Einwanderungsgesetze dann aber mehr und mehr. Der Einwanderungstrom nach Großbritannien hatte keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Gründe.

In den Niederlanden, über die Prof. Gert Oostindie, Direktor des Royal Institute of Southeast Asian and Caribbean Studies in Leiden, sprach, kam es dagegen zu mehreren Wellen politisch bedingter Einwanderung. Zunächst kamen die "Europäer" aus Indonesien, darunter die ehemaligen Kolonialbeamten, aber in der Mehrheit die so genannten "Indos", Mischlinge, die nach Anerkennung durch niederländische Väter als "Europäer" klassifiziert wurden und damit das Bürgerrecht der Niederlande hatten – aber deshalb auch aus Indonesien vertrieben wurden. Das waren insgesamt etwa 300.000 Menschen. Nach 1975 folgten ihnen rund 150.000 Einwanderer aus Surinam, das gerade in die Unabhängigkeit entlassen worden war. Diese

Einwanderer trauten der neuen Regierung Surinams nicht, die aus Afro-Amerikanern bestand. Auch ihnen standen noch die niederländischen Bürgerrechte zu und sie nutzten diese rasch, weil sie befürchteten, dass sie sie ium Zukunft verlieren würden. Als dritte Welle, die immer noch anhält, kamen die schwarzen Bürger der Antillen, deren Bürgerrecht erhalten blieb, weil diese Kolonien die Entlassung in die Unabhängigkeit verweigerten. Der Zugang zu den Niederlanden war ihnen wichtiger, als die Selbstbestimmung. Gerade diese schwarzen Bürger haben die Erinnerungskultur der Niederlande nachhaltig geprägt, weil sie eine Entschuldigung für das alte Unrecht der Sklaverei forderten. Die niederländische Regierung hat sich entschuldigt und zudem noch ein großes Monument errichten lassen, dass an die Sklaverei gemahnt.

In Belgien war eine besonders intensive Verschwörung des Schweigens zu verzeichnen, bis das Buch eines amerikanischen Autors über die Schreckensherrschaft König Leopolds im Kongo und dann das Buch eines belgischen Autors über die Komplizen, die an dem Mord des ersten kongolesischen Premierministers Lumumba beteiligt waren, die Nation erschütterten. Immigranten aus dem, Kongo spielten in Belgien keine große Rolle. Das unterschied Belgien deutlich von den benachbarten Niederlanden. Die Tatsache das Belgien eine geteilte Nation ist, war jedoch auch für die Erinnerungskultur prägend. Die Flamen sind der Meinung, dass die Kolonialherrschaft allein eine Angelegenheit der wallonischen Bourgeoisie gewesen sei; die Bauern Flanderns hätten keinen Anteil daran gehabt.

Portugal hatte ähnlich wie Belgien keine nennenswerte Einwanderung aus den Ex-Kolonien zu verzeichnen. Die portugiesischen Siedler, die aus den Kolonien zurückkehrten, waren zum Großteil noch nicht lange dort gewesen und kehrten problemlos in ihre Heimat zurück. Die portugiesische Erinnerungskultur ist von dem Stolz auf die Seefahrer und Entdeckungsreisenden geprägt, die man nicht mit den Gewalttaten der Kolonialhherrschaft assoziert. Der "Lusotropicalismus" der besagt, dass die Portugiesen nicht rassistisch sind und sich harmonisch in die Gesellschaften ihrer "überseeischen Provinzen" einfügten, findet auch heute noch ein Echo.

Die post-imperiale Erinnerungskultur Italiens war durch eine lange Verschwörung des Schweigens gekennzeichnet, die auch darin einen besonderen Grund hatte, dass der italienische Imperialismus in seiner letzten Phase faschistisch geprägt war. Die Rückkehr der Italiener aus den Kolonien spielte im Heimatland keine besondere Rolle. Sie zeigten kaum Interesse daran, sich zu organisieren. Die Einwanderung von Menschen aus den Ex-Kolonien war geringfügig. Erst in neuerer Zeit sind viele Immigranten nach Italien eingströmt, doch sie stammen fast ausnahmslos nicht aus den früheren italienischen Kolonien. Bei der jüngsten Regierungsbildung in Italien wurde eine Afrikanerin, die aus dem Kongo stammt, zur Integrationsministerin ernannt.

Für ASIEN-Leser dürfte das interessanteste Referat das über Japan sein, das Prof. Takashi Fujitani, Universität Toronto, hielt. Japan hatte eine sehr intensive Kolonialherrschaft über Taiwan und Korea ausgeübt. Über 700.000 Japaner mussten allein as Korea nach Japan zurückkehren, während etwa ebenso viele Koreaner, die im Krieg als Zwangsarbeiter nach Japan verbracht worden waren, auch nach dem Krieg dort verblieben. Die Verschwörung des Schweigens war in Japan noch nachhaltiger als in Italien. Man sprach später von einer Zeit der "gefrorenen Erinnerungen". Prof. Fujitani betonte, dass das lange Schweigen von der amerikanischen Siegermacht begünstigt wurde, die Japan als Bundesgenosse im Kalten Krieg brauchte und nicht daran interessiert war, dort eine post-imperiale Erinnerungskultur zu fördern. Stattdessen machte sich dann in jüngster Zeit ein anti-amerikanischer japanischer Nationalismus bemerkbar, der die Verschwörung des Schweigens brach, nun aber geradezu eine Verherrlichung der japanischen Kolonialherrschaft betrieb. Der Autor Kobayashi, der mit dem populären Medium "Manga" Millionen von Lesern erreicht, ist ein Vorkämpfer dieser

neuen Form der Erinnerungskultur. Moderate Wissenschaftler, denen es um eine realistische Untersuchung der japanischen Kolonialherrschaft geht, haben gegen Autoren wie Kobayashi kaum eine Chance, gehört zu werden. Nach den Referaten hatten jeweils dazu eingeladene Kommentatoren zu den Thesen der Referenten Stellung genommen. Diese Kommentare konnten im Rahmen dieses Berichts nicht berücksichtigt werden. Doch für Japan soll hier eine Ausnahme gemacht und der Kommentar von Prof. Wolfgang Seifert, Heidelberg, erwähnt werden. Er betonte, dass Fujitanis These von der amerikanisch- japanischen Komplizenschaft in der Verschwörung des Schweigens ein Umdenken erfordere, da für gewöhnlich von einer Gegnerschaft der beiden Nationen gesprochen wird. Er sagte ferner, dass nach dem Krieg in Japan intensive Debatten über die Natur des japanischen Staats und über die Modernisierung geführt wurden, die japanische Kolonialherrschaft dabei aber ausgespart blieb.

Die Konferenz, die von allen Teilnehmer als sehr erfolgreich bezeichnet wurde, lädt zu weiteren Forschungen auf diesem Gebiet ein. Ein Konferenzband ist geplant, der 2014 erscheinen soll. Er wird dann auch die ausführlichen Beiträge zur Schlussdiskussion enthalten, die Prof. Aleida Assman, Universität Konstanz, und Prof. Partha S. Ghosh, Jawaharlal Nehru University, New Delhi, zu verdanken sind.

Dietmar Rothermund

## Leadership and Authority in Asia: Politische Führung und Führungsstile in Asien

Wissenschaftliche Tagung der DGA, Japanisch-Deutsches Zentrum, Berlin, 20.–21. Juni 2013 Anlässlich der Mitgliederversammlung der DGA hat vom 20. bis 21. Juni 2013 im Japanisch-Deutschem Zentrum in Berlin eine wissenschaftliche Tagung zum Thema "Leadership and Authority in Asia: Politische Führung und Führungsstile in Asien" statt gefunden.

Als Auftakt und Einleitung in das Thema hält Prof. Dr. Aurel Croissant einen Vortrag zum Thema "The multitude of political systems and the diverging sources of legitimacy and authority in Asia". Er zeigt die Vielschichtigkeit des Begriffs *leadership* sowie dessen verschiedene Erscheinungsformen auf. Durch eine anschauliche Übersicht der unterschiedlichen politischen Regime in Asien wurde deren Vielschichtigkeit verdeutlicht. Generell stellte Croissant in seinem Vortrag heraus, dass ein Rückgang an militärischen Autokratien und eine Zunahme an Vielparteiensystemen in den letzten 40 Jahren in Asien zu verzeichnen sei. Im Gegensatz zur weltweiten Entwicklung bleiben kommunistische Systeme (China, Vietnam) stabil und scheinen den Veränderungen gegenüber resistent zu sein.

Die politischen Systeme erlangen ihre Legitimität aus verschiedenen Quellen. Croissant verdeutlicht, dass viele Autokratien nach wie vor ihr Recht zu regieren erfolgreich legitimieren können. Mehr noch, dass die Unterstützung der politischen Systeme im autoritär regierten Asien im Vergleich zum demokratisch regierten Asien höher sei.

Das internationale Panel diskutiert nach kurzen Impulsreferaten die Herausforderungen von *leadership,* welche durch die spezifischen Fachkenntnisse der Teilnehmer über die Regionen Japan (Dr. Alexandra Sakaki, Berlin), SOA (Prof. Dr. Nobuto Yamamoto, Tokyo) und China (Prof. Dr. Katja Levy, Berlin) dargestellt werden. Globale und regionale Herausforderungen beeinflussen die Praxis sowie Globalisierungsprozesse und in besonderer Weise ökonomische Prozesse. Aber auch die Wahrnehmung von *leadership,* insbesondere die Wahrnehmung der Führung im eigenen Land, wird beeinflusst durch die Wahrnehmung von anderen Ländern.

Am ersten Tag wird eruiert, dass Führung in Asien aus drei Perspektiven zu betrachten ist: Ökonomie, Politik, Religion.